

16474/AB
vom 23.01.2024 zu 17003/J (XXVII. GP)
Bundesministerium bmaw.gv.at
Arbeit und Wirtschaft

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.847.091

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)17003/J-NR/2023

Wien, am 23. Jänner 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Dagmar Belakowitsch und weitere haben am 23.11.2023 unter der **Nr. 17003/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Gewerbe rechtliche Konsequenzen aus dem Ergebnis finanzpolizeilicher Schwerpunktcontrollen im Handel im Zusammenhang mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4

- *Welche Konsequenzen hat bzw. hatte die Feststellung der 650 Verstöße gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz durch die Finanzpolizei gewerberechtlich für die betroffenen Handelsbetriebe bzw. deren gewerberechtlichen Geschäftsführer?*
- *Wie verteilen sich die gewerberechtlichen Geschäftsführer der Firmen im Zusammenhang mit den 650 Verstößen gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz auf österreichische Staatsbürger, sonstige EU-Bürger, Drittstaatsangehörige und Asylberechtigte bzw. subsidiär Schutzberechtigte?*
- *Haben die Firmen, die gegen das Ausländerbeschäftigungsgesetz verstoßen haben, auch Förderungen des Arbeitsmarktservice (AMS) erhalten und wenn ja, welche und in welchem Zeitraum seit dem 1.1.2020?*

- *Wurden bzw. werden diese Förderungen des AMS zurückgefordert und wenn ja, wie ist hier der Status?*

Dazu darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 16955/J verwiesen werden.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

